

Thema: Bürokratieabbau

Probleme & Wirkung

- Die an Unternehmen überwältigte Bürokratie hat in den letzten Jahren stetig zugenommen: vor allem bei der Sozialversicherung, im Arbeitsrecht sowie in den Bereichen Steuern, Statistik und Umweltschutz.
- Unnötige Bürokratie bremst Innovationen, Flexibilität und Strukturwandel. Die Folgen sind sinkende internationale Wettbewerbsfähigkeit, ein unattraktiver werdender Standort Deutschland, sowie eine abnehmende Gründungsdynamik und damit gesamtgesellschaftliche Wohlstandseinbußen.

Zahlen & Fakten

- Der Bürokratieapparat stagniert auf hohem Niveau. Die Zunahme der Staatsaufgaben führte zu einer Vermehrung der ursprünglichen klassischen 5 Ministerien auf aktuell 14, zu einer Vielzahl neuer Referate und Kompetenzüberschneidungen unter den Ministerien.
- Verursacht werden Bürokratiekosten durch 2.197 Gesetze und 46.779 Einzelschriften und ständige Änderungen, Ausbesserungen und eine Zersplitterung der Zuständigkeiten.
- Seit Beginn der Großen Koalition kamen allein 285 Gesetze und 861 Rechtsverordnungen auf Bundesebene neu hinzu, während in der gleichen Zeit 288 Gesetze und 787 Verordnungen außer Kraft gesetzt wurden. Damit kann abschließend dem Masterplan, den Bürokratieabbau voranzutreiben, ein Nullsummenspiel bescheinigt werden.
- Die jährlichen Bürokratiekosten für Unternehmen liegen bei über 46 Mrd. €. Das ist im Vergleich zu vor 10 Jahren ein realer Anstieg von insgesamt 26 Prozent. 38,7 Mrd. € der gesamten Bürokratiekosten entfallen auf die kleinen und mittleren Unternehmen. Ein Familienunternehmer verliert leicht ein Drittel des Gewinnes durch Bürokratie.
- Bürokratie verschlingt kostbare Zeit – umso mehr, je kleiner das Unternehmen ist. Ein Unternehmer mit bis zu 9 Beschäftigten muss 63,8 Stunden (ca. 4.300,- €) pro Mitarbeiter unentgeltlich für den Staat aufwenden, bei Großunternehmen mit über 500 Mitarbeitern nur 5,6 Stunden (ca. 350,- €).

Position der Familienunternehmer & Forderung

- Nachhaltiger Bürokratieabbau muss aus einer 2-Wege-Strategie bestehen: die bestehenden Vorschriften müssen überprüft und bürokratische Hemmnisse aufgedeckt werden; weiterhin muss Bürokratie ex ante verhindert werden. Ein möglicher Weg ist die Beweislastumkehr (positiver Vorreiter: Saarland).
- Die Einrichtung des Normenkontrollrates ist der Schritt in die richtige Richtung, aber reicht bei weitem nicht aus. Diese neue Kontrollinstanz betrachtet lediglich die Kosten der Informationspflichten und lässt den Mammutanteil der Bürokratiekosten durch Auflagen im Steuer- und Arbeitsrecht außen vor.
- Entschlackt werden müssen zuerst die Bereiche Sozialversicherung und Arbeitsrecht und hier vor allem der Kündigungsschutz, das Betriebsverfassungsgesetz und das Teilzeit- und Befristungsgesetz.
- Durch eine institutionalisierte Gesetzesfolgenabschätzung können überflüssige Gesetze und lediglich Bürokratie schaffende Regulierungen bereits vor Verabschiedung durch das Prüfraster fallen.
- Eine nachhaltige Entbürokratisierung muss einhergehen mit einer Diskussion darüber, welche Aufgaben der Staat selber leisten und welche bloß gewährleistet muss, d.h. mit einer Beschränkung regulatorischer Eingriffe auf originäre Staatsaufgaben.